



Bremerhaven



# Zehn Jahre EU-Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien

Lokale Erfahrungen in  
Bremerhaven

**Dr. Margaret Brugman**

*Fachbereichsleitung Migration*

# Heute

- 2012 der Anfang: Ein Projekt in Bremerhaven
- 2013-2015: EU-Beratung für BG und RU
- Die Zahlen in DE und Bremerhaven
- 2016: EHAP-Projekt für alle EU-Bürger\*innen
- „Sozialbetrug“ Bremerhaven
- Gesellschaftliche Anforderungen

# Studie 2012: Im Gespräch mit...

Studie & Workshops „neue Nachbar\*innen in Bremerhaven“ mit Hilfe einer bulgarischen Studentin

Projekt Herbst 2012: **“Im Gespräch mit neuen Bürger\*innen in Bremerhaven”**

*Zentrale Frage: Was sind die Probleme für unsere neue Nachbar\*innen aus Bulgarien und Rumänien?*

# Zitaten Studie in 2012:

## Ein Paar Zitaten über Vorurteile, Ängste, Probleme (Interviews November 2012):

- “Seitdem (2007) die neue EU-Bürger\*innen in Bremerhaven sind, sinken die Verbrechenszahlen” (Polizei)
- “noch viele haben Angst für unsere neue Nachbarn aus Bulgarien und Rumanien, genau so wenn die Russen hier kamen” (Polizei)
- “Menschen werden in einen Billiglohnsektor abgedrängt. Arbeit für Dumpinglöhne: 2-3 Euro pro Stunde. Da ist Sklaverei und Menschenhandel” (Zollamt)
- “95% arbeitet schwarz. Das Problem sind die Arbeitgeber die keine Sozialversicherung/ Steuer/ Krankenversicherung für die arme Menschen bezahlen möchten” (Zollamt)
- “Es wäre gut wenn wir eine Beratungsstelle eröffnen können für unsere neuen EU-Bürger\*innen in Bremerhaven” (Sozialamt)

**Der Magistrat Bremerhaven ließ den Worten Taten folgen und vier Monate später haben wir eine EU-Beratungsstelle für BG und RU geöffnet (April 2013)**

# Zusammenfassung:

***“Nur nicht auffallen, keinen Ärger machen, unsichtbar bleiben – das wollen viele der Menschen”***

Artikel über Bulgaren und Rumänen in Deutschland, Spiegel online  
23.10.2012

2013 - 2015:



**BERATUNGSBÜRO**  
für EU-Zuwanderer

Dr. Margaret Brugman

# Leitbild

## Leitbild EU-Beratungsbüro:

- Wir haben in Europa ein soziales Problem, kein Ethnizitätsproblem
- Informationsarbeit in Muttersprache und Koordinationsstelle in Bremerhaven
- Wir lehnen in der Beratungsstelle keiner ab!

# Praxis 2012-2015

## **Service für EU-Bürger\*nnen in Bremerhaven:**

- Beratung, Begleitung und Flyer in deutscher, bulgarischer, rumänischer und ungarische Sprache
- Kostenlose EU-Bürgerberatung
- Antworten über Aufenthalt, Arbeit, Schule, Wohnen, Sprachkurse, Krankenversicherung, etc.
- Hilfestellung bei der Vermittlung zu den Behörden (kurze Wege)
- Aktivitäten für Kinder und Eltern (nicht Rad neu erfinden).



t auf den Boden. entdeckte die Tat Polizei. Die bittet zu melden (☎) Infos über die Beu- nicht vor. (nz)

## für oniker

E. Die Industriekammer bietet am 1. März, von 9 bis Grundlagenseminar troniker-Lehrlinge unkt Grafecet). Es n alle, die ihr Wis-Automatisierungs-frischen möchten. inars sind die Räu- Referent ist Tho- r. Die Teilnahme Euro. Anmelde- er 25. Februar. An- Petra Niecznick, 7. (mor)

## ung zur leuse

DE. Der Verein Ge- und Lebensfreude inabend, 15. Febru- r Wanderung vom zur Schiffdorfer e ein. Die Teilneh- ffen sich um 14 Uhr g des Bürgerparks ühlingstraße. Infos r ☎ 2 44 21. (mor)

**im Internet**  
ne-Kunden-Center  
it für Sie geöffnet:  
dsee-zeitung.de

Koptzentrum zusammen.

Unter anderem Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgen, Nervenheilkundler, Neurochirurgen, Neuro-radiologen, Psychiater und Strahlentherapeuten werfen ihr Wissen künftig gemeinsam auf die Waag-

Zusammenarbeit mit regelmäßigen „Kc onferenzen“ (siehe Zusatzinfo), bilde eine gute Plattform für klinische Studien und die Zusammenarbeit mit medizinischen Forschungseinrichtungen. „Es gilt, Erkrankungen der

heitsfälle und legen fest, welche Abteilungen sich an Diagnose und Behandlung beteiligen. An der Behandlung eines Parkinson-Patienten, dessen Bewegungsstörungen durch das Einsetzen eines „Himschrittmachers“ beseitigt werden sollen, sind etwa Neurologen, Neurochirurgen, Neuropsychologen und Anästhesisten beteiligt. Zusätzlich werden bei Bedarf etwa Hautheilkundler, Schmerztherapeuten und Reha-Experten hinzugezogen. Alle vier Wochen tagt eine Strategiekonferenz. Außerdem gibt es regelmäßige Fortbildungen.

# Beratung für Einwanderer wird verlängert

## Magistrat will Büro für Osteuropäer ein weiteres Jahr lang fördern – Ausschreibung hat begonnen

**BREMERHAVEN.** Immer mehr Zuwanderer vor allem aus Bulgarien kommen nach Bremerhaven. Daher soll das Beratungsbüro für EU-Zuwanderer um ein weiteres Jahr verlängert werden. „Die Ausschreibung läuft gerade“, sagt Sozialstadtrat Klaus Rosche (SPD). Bislang wird die Beratungsstelle von der AWO betrieben. Die Ausschreibung für das Folgejahr steht allen Anbietern offen, die die Kriterien erfüllen.

Die Beratungsstelle vor allem für Osteuropäer war zunächst bis Ende März dieses Jahres befristet und soll von der Stadt nun zunächst zwölf weitere Monate mit 80 000 Euro gefördert werden. Es sei derzeit schwer einschätzbar, wie sich die Zuzüge weiterentwickeln, sagt Rosche. Eine Rolle spiele dabei auch die seit diesem Jahr geltende volle EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen.

Anfang Januar zählte die Stadt nach Angaben von Rosche 929 bulgarische Staatsangehörige und 283 rumänische. Die Zahl der bulgarischen Zuwanderer habe damit innerhalb eines Jahres um ein gutes Drittel zugenommen, sagt der Sozialstadtrat. Ende 2012 waren es noch 600. Die Stadt hat-



**Beratung für Zuwanderer durch Psychologin Ivanka Ivanova. Die Stadt will das Beratungsbüro ein weiteres Jahr lang fördern. Die Ausschreibung läuft derzeit.**  
Foto Scheschonka

te die Beratungsstelle im vergangenen Jahr ausgeschrieben, weil die Zahl der Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien explodiert war. Rosche glaubt kaum, dass die Zuwanderer aus Osteuropa in Bremerhaven leicht Arbeit finden können. Mit über 14 Prozent sei die Arbeitslosigkeit ohnehin schon hoch. Durch den Zuzug der Osteuropäer nach Bremerhaven werde es am Arbeits-

markt nicht einfacher, sagt Rosche. In der Beratungsstelle wird Migranten bei Fragen zum Lebensunterhalt, zur Gesundheitsversorgung, zu Sprachkursen und zum Miet- und Aufenthaltsrecht sowie bei Behördengängen geholfen. Hauptsächlich Frauen und deren Kinder hätten Beratung gesucht, sagt Rosche.

Bis Januar suchten knapp 300

Einwanderer das Büro seit dessen Gründung auf.

Es sei gelungen, zu der ein oder anderen Familie Vertrauen aufzubauen, aber man wolle noch mehr Zuwanderer erreichen. Über das Beratungsbüro erhofft sich Rosche auch mehr Hintergrundwissen. Die Stadt möchte beispielsweise erfahren, wie die Zuwanderer nach Bremerhaven gekommen sind und wo sie wohnen.

Ein Ziel sei beispielsweise, gegen den Missbrauch durch Vermieter vorzugehen, sagt Rosche. Denn teilweise würden „horrende Mietsummen für Matratzenlager“ gefordert. „Wir müssen schauen, ob wir etwas daran ändern können“, sagt der Stadtrat. Das sei aber nicht einfach, wenn man nicht wisse, wo die Zuwanderer unterkämen. (vda)



» Es ist gelungen, bei der ein oder anderen Familie Vertrauen aufzubauen. Wir wollen noch mehr erreichen. «  
KLAUS ROSCHE (SPD)

14.2.: Amonith, cyp, v. Hull.

Brake

14.2.: Topflight, pan, v. Odes Genesis, mlt, v. Bremerhavend, v. See.

## GESCHÄFTLIC

In Teilen unserer heutigen Ausgabe finden Firmen ALECO, Klingeberg, Saturn und Me

## NORDSEE-ZEI

Nordwestdeutsche Zeitung Bremerhav  
Herausgeberin und Verlegerin: Roswitha C  
Verleger: Matthias Ditzzen-Blanke  
Herausgeber: Dr. Joachim Ditzzen-Blanke  
Chefredakteur: Dr. Jost Lübben

Stellv. Chefredakteur: Christoph Willenbr  
Bremerhaven: Gert-Dieter Meier, Tho  
Klaus Mündlein (Bremen-Stadt); Lan  
Christian Döschner, Politik/Nachrichte  
Christoph Willenbrink, Tim Albert, Sebat  
tur); Sport: Oliver Riemann, Lars Brock  
Wolfgang Scheer, Koordinatorin Produ  
dukte: Gabriele Schürhaus; Anschritt für  
TUNG Bremerhaven, Pressehaus. Der  
schaft Nordsee angeschlossen. Für um  
Manuskripte keine Gewähr. Der NORDS  
gliedert: Wesermündener Neueste Nachr  
ner Zeitung, Untereserzeitung, Cuxhav  
Verlag: NORDSEE-ZEITUNG GmbH,  
27512 Bremerhaven, Hafenstraße 140,  
ven. Bremer Vertretung: Sögestr. 47-51,  
Anzeigenleitung: Uwe Katenkamp; Leit  
nis Miller; Leiter Zustelllogistik: Sascha F  
Druck: Druckzentrum Nordsee GmbH,  
27574 Bremerhaven.

Pflichtblatt der Börse Berlin.

Anzeigenpreise und -bedingungen nar  
vom 1. Januar 2014, Bezugspreis eins  
natl. im Voraus 28,80 € inkl. Zustellgel  
Abonnements schriftlich sechs Wocher  
Eine Gutschrift für Lieferunterbrechu  
sieben zusammenhängenden Liefera  
zum jeweiligen Monatsbezugspreis. E  
haven. Die Zeitung erscheint an jede  
wöchentlich mit der Beilage rtv und e  
dem Niederdeutschen Heimatblatt. In  
walt, bei Betriebsstörungen, Arbeitsk  
Störungen des Arbeitsfriedens besteh  
gegen den Verlag. Alle Rechte vorbeha

Telefon-Zentrale (04 71) 5 97-0  
Redaktion: Tel. (04 71) 5 97-2 70, Fax  
bremerhaven@nordsee-zei  
Anzeigen: Tel. (04 71) 5 97-4 21  
disposition@nordsee-zeitu  
Vertrieb: Tel. (04 71) 5 97-3 33, Fax  
aboservice@nordsee-zeitu  
www.nordsee-zeitung.de

Dr. Margaret Brugman

Mi. 12.02.14

# Zahlen Deutschland

2012	2015	2017	Land
93.889	183.263	263.320	Bulgarien
159.222	355.343	533.660	Rumänien

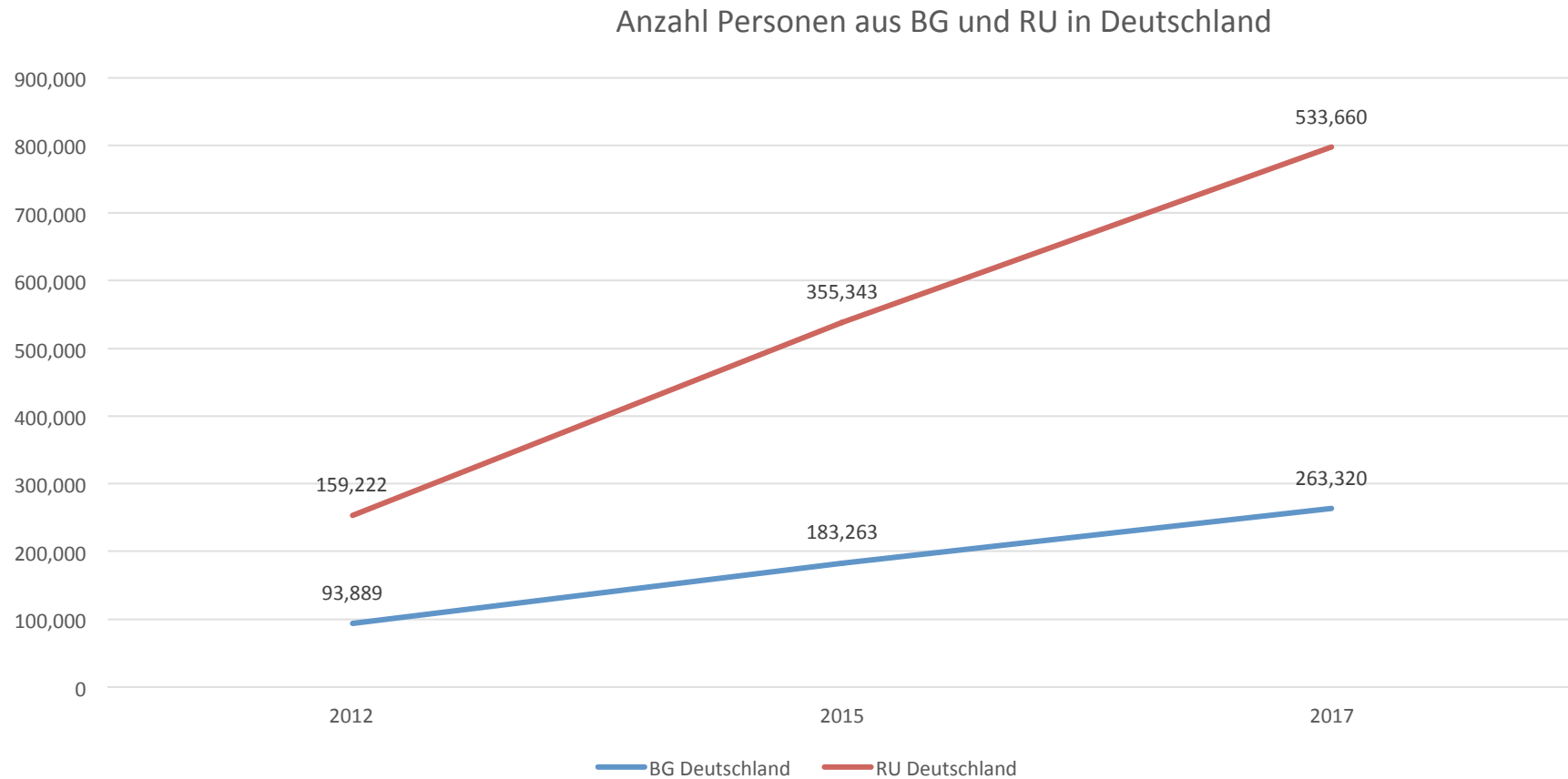
2017 Deutschland:

0,3% der Gesamtbevölkerung kommt aus BG

0,6% der Gesamtbevölkerung kommt aus RU

Insgesamt 0,97 der deutsche Gesamtbevölkerung kommt aus BG/RU

# Diagramm: Personen aus BG und RU in DE 2012-2017

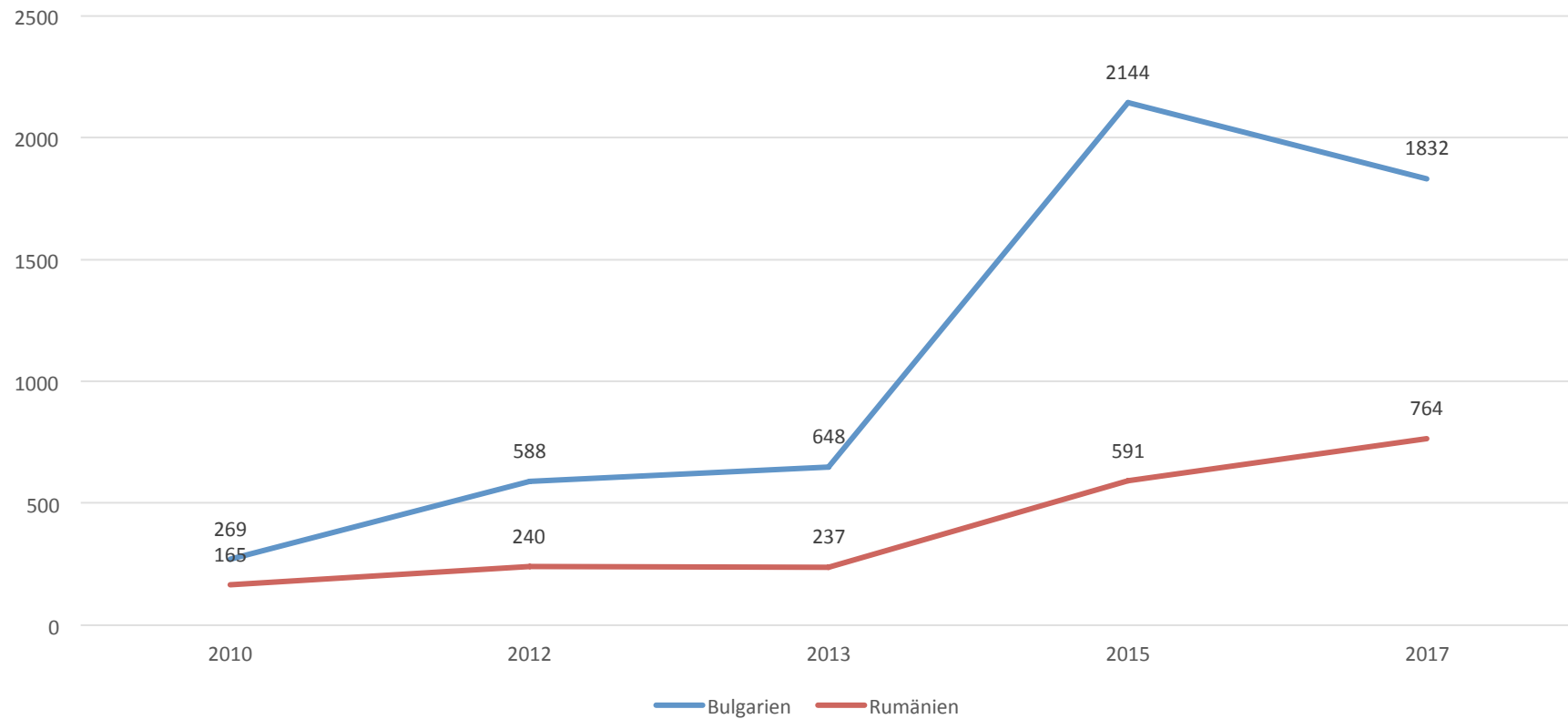


# Zahlen Bremerhaven 2010-2017

Land	2010	2012	2013	2015	2017
Bulgarien	269	588	648	2144	1832
Rumänien	165	240	237	591	764

# Diagramm Bremerhaven 2010-2017

Anzahl gemeldete Personen aus BG und RU in Bremerhaven 2010-2017



%

- In Deutschland kommt 0,3% der Menschen aus Bulgarien
- In Bremerhaven kommt **1,5%** der Menschen aus Bulgarien
  
- In Deutschland kommt 0,6% der Menschen aus Rumänien
- In Bremerhaven kommt 0,6% der Menschen aus Rumänien
  
- N.B. 13,2% Arbeitslosen in Bremerhaven, 5,9% in Deutschland
- 34% der Arbeitslosen in Bremerhaven sind „Ausländer“



Bremerhaven



# 2016 - 2018

## EHAP-Projekt „dalbe“:

**Beratung & Begleitung von neuzugewanderten erwachsenen  
Unionsbürger\*innen und Eltern mit Kindern < 7 Jahre**

85% EU, 15% BMAS, 5% Eigenmittel

# Das neue EHAP-Projekt seit 2016:

- In bestehenden Hilfestrukturen der Stadt
- Thema Arbeit raus (ESF, MoBa)
- Mehr Personal, keine neue Aktivitäten
- Beratung und Begleitung für alle Länder der europäischen Union.



# Handzettel für Klient\*innen



## Hier finden Sie uns!

Hafensstraße 203  
27568 Bremerhaven

Telefon: +49 (471) 30 94 01-43  
Telefax: +49 (471) 30 94 01-44

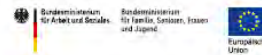
[eu.beratung@awo-bremerhaven.de](mailto:eu.beratung@awo-bremerhaven.de)  
[www.awo-bremerhaven.de](http://www.awo-bremerhaven.de)

## Offene Sprechzeiten:

Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 14 Uhr

Gefördert durch den Magistrat der  
 SEESTADT  
BREMERHAVEN

Das Projekt „dalbe“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ) und den Europäischen Mittelfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EMAF) gefördert.



## Eine Dalbe für EU-Bürger

Auch für Zuwanderer aus der Europäischen Union ergibt sich im neuen und oftmals fremden Umfeld eine Vielzahl an Fragen. Um Unionsbürgern beim Zuzug nach Bremerhaven zu helfen und dabei vor allem diejenigen zu erreichen, die nicht ohne Weiteres an bestehende Unterstützungsangebote herankommen, hat die AWO in Bremerhaven das Projekt „dalbe“ gestartet. Die Mitarbeiter\*innen sollen Menschen bei der Ankunft in der Seestadt unterstützen.

Im neuen Büro in der Hafestraße 203 sollen Menschen beraten werden, die zum Beispiel aufgrund fehlender Sprachkenntnisse oder von Wohnungslosigkeit große Schwierigkeiten beim Zugang zu den „regulären“ Hilfsangeboten haben. „Wir bieten flankierende Maßnahmen“, unterstreicht die Fachbereichsleiterin für Migration Dr. Margaret Brugman. Neben Erwachsenen sind das besonders Kinder bis sechs Jahre, für die sich beispielsweise in Punkto Zugang zum

Bildungssystem Probleme ergeben. Mit der Beratung soll dazu beigetragen werden, dass Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft werden. Auf diese Weise soll die Umsetzung der Europa-2020-Strategie der EU vorangetrieben werden. Hilfestellung bietet das Büro, in dem fünf Berater\*innen tätig sind, zum Beispiel bei der Behördenpost, mit der Vermittlung in Sprachkurse oder der Weiterleitung an zuständige Stellen der Stadt. Dabei ist das Projekt als eine Art Brücke



AWO · Nr. 1 · Juni 2016

konzipiert: Es soll weder bestehende Angebote ersetzen noch ergänzen. Vielmehr geht es darum, eine Erstanlaufstelle zu schaffen.

Insbesondere Zuwanderer\*innen aus Ost-Europa stehen im Fokus, das Angebot richtet sich aber an alle EU-Bürger\*innen. Die Beratung soll dabei möglichst auf die mangelnden Sprachkenntnisse der Betroffenen Rücksicht nehmen, daher wird neben Deutsch und Englisch auch in bulgarischer, rumänischer, ungarischer, italienischer und niederländischer Sprache beraten.

Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) der EU, vom Bundesarbeits- und Bundesfamilienministerium.

Kontakt:  
„dalbe“ Beratungsbüro  
Hafenstraße 203  
27568 Bremerhaven  
Telefon: 0471 / 30 94 01-43  
Fax: 0471 / 30 94 01-44  
E-Mail: eu.beratung@awo-bremerhaven.de



▲ Die dalbe-Mitarbeiterin Ivelina Mujkanovic betreut schwerpunktmäßig bulgarische Staatsbürger.



AWO · Nr. 1 · Juni 2016



Hilfe für EU-Zuwanderer: Beraterin Anna Zdroba weist den Weg zu Unterstützungsangeboten

# Ihre rumänische Muttersprache räumt Barrieren beiseite



Anna Zdroba (rechts) berät Monika Hornyak in den Räumen der Dalbe bei der Wahl eines Deutschkurses.

FOTO: GOTTHARDT

VON YVONNE GOTTHARDT

LEHE. Konfrontiert mit einer fremden Sprache, abhängig vom Vermieter in einer Massenunterkunft, der häufig auch noch der Arbeitgeber ist: Lebensverhältnisse von osteuropäischen EU-Bürgern sind oft prekär. Beratung bekommen sie seit Anfang des Jahres beim Projekt Dalbe. Eine der Beraterinnen ist Anna Zdroba, die aus Rumänien stammt.

„Wenn wir in der Muttersprache beraten, dann erzählen die Menschen ganz private Sachen“, sagt Anna Zdroba, die vor 13 Jahren als 28-Jährige aus ihrer transsilvanischen Heimat nach Deutschland kam und sowohl Rumänisch als auch

Ungarisch spricht. Die Geschichten, die die Beraterin zu hören bekommt, sind starker Tobak.

Mit Schaudern erinnert sich die gelernte Gartenbauingenieurin an eine Frau, die sie in einem vorangegangenen Beratungsprojekt berate-

ten hat. „Die Frau hat ihr Kind im fünften Monat verloren, weil sie über keine Sprachkenntnisse verfügte“, berichtet die Beraterin über die Schwangere, der es unmöglich war, medizinische Hilfe einzufordern. Die Sprachbarriere macht den Zuwanderern viele Probleme: „Mitunter haben die Menschen auch für jedes Familienmitglied einen Strom- oder Fernsehanschluss angemeldet“, so Zdroba über den Umstand, dass Familien aus Bulgarien oder Rumänien häufig Verträge unterschrie-

ben, ohne ein Wort davon zu verstehen. „Wir helfen, wo wir können“, sagt Anna Zdroba sichtlich aufgewühlt.

Aber es gibt auch Kundinnen wie Monika Hornyak, die mit ihrer Familie vor vier Jahren aus Ungarn nach Deutschland kam und sich gut entwickelt. Der 15-Jährige Sohn bringt gute Schulnoten nach Hause. „Ich arbeite als Reinigungskraft“, sagt Monika Hornyak in gebrochenem Deutsch. Gerne möchte die 40-Jährige in ihren ursprünglichen kaufmännischen Beruf zurück. Deshalb bemüht sie sich um einen Sprachkurs, freut sich über die zahlreichen Angebote, auf die Anna Zdroba sie hinweist. „Das ist gut, dass es das gibt“, lobt sie die Dalbe. „Wir sind gut vernetzt“, sagt Anna Zdroba über die Arbeit mit EU-Einwanderern. Es gebe regelmäßige Netzwerktreffen, bei denen die Akteure sich austauschten. Auch über neue Projekte informierten sich die unterschiedlichen Einrichtungen.

Anna Zdroba ist zuverlässig. „Immer mehr Menschen wird bewusst, dass sie

»Wenn wir in der Muttersprache beraten, dann erzählen die Menschen ganz private Sachen.«

Anna Zdroba,  
Beraterin bei der Dalbe

einen Schritt weiter gehen müssen“, sagt sie. Die Zuwanderer verstünden zunehmend, dass sie eine eigene Wohnung brauchen, um vom Vermieter unabhängig zu werden. Nicht immer eine einfache Angelegenheit, denn häufig seien die Vermieter zudem auch die Arbeitgeber.

Auch hochqualifizierte Menschen seien zugewandert. „Wir haben einen Manager, der als Reinigungskraft arbeitet oder einen Anwalt, der im Trockenbau tätig ist.“ Probleme, an die Menschen heranzukommen, haben die Berater der Dalbe nicht. „Es ist viel Mundpropaganda“, so Zdroba. Die Bremerhavener Tafel der Awo in der Surfelfstraße sei eine Brücke zu den Menschen, die sich dann untereinander austauschten und sich Tipps geben.

## Verständnis für Probleme der Zuwanderer

Zdroba selbst kann die Probleme der Zuwanderer gut nachvollziehen, war sie doch selbst Fremde in dem Land, in das sie „der Liebe wegen“ kam. „Deutsch ist zu Anfang nicht einfach“, sagt sie und berichtet lachend mit charmantem Akzent, dass sie anfänglich vom Deutschsprechen Halsschmerzen bekommen hätte.

Nach ihrem Anglistik- und Italistik-Studium in Bremen habe sie sporadisch gedolmetscht, bevor sie in der Zeitung ein Inserat entdeckt habe. Dort wurden Menschen mit ihren Sprachkenntnissen gesucht. „Ich wurde genommen“, sagt sie. Ein Glücksfall, denn ihr Job macht ihr große Freude: „Ich bin angekommen, mir gefällt es, mit Menschen zu arbeiten und zu helfen“, sagt sie.

## Das Projekt Dalbe

In Bremerhaven leben 2758 Bulgaren, 1953 Polen, 627 Rumänen und 334 Ungarn (Stand 1. Januar 2016). Für sie als auch für andere Zuwanderer aus der europäischen Union (EU) bietet die neue Beratungsstelle Unterstützung. Finanziert wird das Projekt zu 85 Prozent aus EU-Mitteln, zu 10 Prozent vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und zu 5 Prozent von der Arbeitgeberwohlfahrt (Awo) und

dem Magistrat. Insgesamt stehen 900 000 Euro für die kommenden drei Jahre zur Verfügung. In der Awo-Einrichtung in der Hafenstraße 203 arbeiten drei Berater. Ein weiterer Berater ist im Awo-Standort in der Surfelfstraße tätig, ein weiterer leistet Straßensozialarbeit mit dem Contactabus der Awo. Den Beratungssuchenden soll dabei geholfen werden, mögliche Angebote und Förder-

möglichkeiten in Bereichen wie Sprache, Bildung und Gesundheit kennenzulernen und wahrzunehmen. „Über diesen Zeitraum kann man etwas bewegen“, sagt Sozialdezernent Klaus Rosche (SPD). Doppelstrukturen würden nicht aufgebaut. „Wir bieten keine zusätzlichen Kurse und Aktivitäten“, sagt Dr. Margaret Bruggmann von der Awo. „Wir vermitteln in bestehende Hilfestrukturen.“

Dr. Ina Böhmer



Bremerhaven

# Seit 2013: dubiose Verträge

## KOMPAKT

### Ein Raum zum Wohlfühlen

LEHERHEIDE. Ein „Wohlfühlraum“ wurde im Freizeittreff Leherheide nach Wünschen von Kindern gestaltet. Am Donnerstag, 23. Januar, stellen die beteiligten Kinder den Raum ab 16 Uhr vor, danach wird gemeinsam gefeiert. Eingeladen sind alle Kinder, die am Projekt „Neugestaltung des Wohlfühlraums“ teilgenommen haben, aber auch alle Kinder von sechs bis zwölf Jahren, die diesen Raum kennenlernen möchten und künftig gerne zum Spielen, Wohlfühlen und Chillen nutzen wollen. (nz)

ANZEIGE



Haben Sie Fragen, Anregungen und Veränderungen zu Ihrem Abo? Wir freuen uns über Ihren Anruf.

**Abonnenten-Service**  
☎ 0471 597-333  
aboservice@redsee-zitung.de

Servicezeit: Mo.-Fr. 6.30-17.00 Uhr  
Sa. 6.30-13.45 Uhr

### Lehe gestern und heute

LEHE. Die Ausstellung „Lehe gestern und heute“ ist für sechs

## Es geht um sichere Zukunft

Beratungsbüro für EU-Zuwanderer zieht nach neun Monaten Bilanz – Größtes Problem: Dubiose Verträge

VON ANNA OZIMEK

LEHE. Elena David ist glücklich. Sie besucht seit einigen Monaten den Integrationskurs und hat einen Job. „Das wäre ohne die Beratungsstelle nicht möglich“, sagt die 27-Jährige. Die Rumänin ist eine von 294 Einwanderern, die seit seiner Gründung vor neun Monaten das Beratungsbüro für EU-Zuwanderer der AWO aufsuchten. Ein Zwischenbericht.

David kam im November 2012 nach Bremerhaven. Die Managerin aus dem Kurort Mangalia folgte ihrem Mann, als dieser hier einen Job als Trockenbauer fand und eine Arbeitslaubnis bekam. Der 31-Jährige wanderte zunächst allein aus, um eine Grundlage für sich und seine Frau aufzubauen.

„Am schwierigsten war es ohne Sprache“, erinnert sich David, die sich inzwischen sehr gut verständigen kann. Denn anfangs scheiterte sie schon am Antrag für das Arbeitslosengeld oder daran, ihren Hochschulabschluss anerkennen zu lassen. „Ich fühlte mich so hilflos und wütend“, sagt sie.

Durch Zufall ist David im vergangenen April in das neu gegründete Beratungsbüro gekommen. David: „Sie haben mir bei den Anträgen geholfen und vor allem dabei, die Bewerbung zu schreiben.“ Nun putzt die junge Frau für neun Euro die Stunde

rühhorgens bei einer großen Firma und nachmittags in einer Schule. Dazwischen besucht sie den Integrationskurs.

„Ich bin schon sehr stolz, wir brauchen jetzt keine Unterstützung, können alles selbst bezahlen“, so die 27-Jährige. Das war in ihrer Heimat anders. Dort verdiente sie 150 Euro im Monat, ihr Mann fand keinen Job. „Bei uns gibt es keine oder nur sehr schlecht bezahlte Arbeit“, sagt auch Stella Nikolova aus Bulgarien. „Dabei ist alles so teuer wie in Deutschland“, bestätigt Ivanka Ivanova aus dem Beratungsteam.



» Zuwanderer wollen ein sicheres Leben aufbauen und bessere Zukunft für ihre Kinder. (I) IVANKA IVANOVA, BERATERIN FÜR EU-ZUWANDERER

In Bulgarien drehten sich die Probleme ums schiefe Überleben, das mache das Leben auch für Kinder extrem stressig. Nicht die Sozialhilfe, sondern ein Arbeitsplatz sei daher das Ziel der meisten Zuwanderer, so die Psychologin. Ivanova: „Sie wollen sich sicheres Leben aufbauen und bessere Zukunft für ihre Kinder.“

Bis Ende 2013 waren in Bremerhaven 929 bulgarische (2012: 589) und 283 rumänische (2012: 224) Staatsangehörige gemeldet. 190 Bulgaren, 45 Rumänen und 59 Zuwanderer aus anderen Ländern kamen ins EU-Beratungsbüro. „Die meisten brauchen Unterstützung bei Kindergeldanträgen und bei der Arbeitssuche“, so Projektleiterin Dr. Margaret Brugmann, „aber auch Ängste und Misstrauen, zum Beispiel wegen des Schulsystems, müssen langsam abgebaut werden.“

Die schnelle Unterbringung der Kinder in Kitas und Schulen sei einer der wichtigsten Aspekte der Beratungsarbeit. Das größte Problem ist ganz anderer Natur. „Die Menschen kommen hierhin nicht nach einem Zufallsprinzip“, so Volker Tegeler, Geschäftsführer von AWO. Ihnen würden oft von „Schleusern“ falsche Hoffnungen gemacht und dabei noch Geld für vermeintliche Hilfe abgeknüpft.

„Dadurch sind sie oft von Anfang an verschuldet“, so Tegeler. Auch auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt gehe es mitunter verbrecherisch zu. Dubiose Arbeits- oder Mietverträge seien keine Seltenheit. Seit dem 1. Januar brauchen Bulgaren und Rumänen aber keine Arbeitslaubnis mehr und sind bei der Anstellung gleichgestellt. Ivanova: „Dadurch

haben sie größere Chancen, seriöse Arbeit bei deutschen Arbeitgebern zu finden.“

### EU-Beratungsbüro

Das Büro wurde Mitte April 2013 wegen der zunehmenden Zuwanderung aus den jüngsten EU-Ländern Bulgarien und Rumänien initiiert. Das Projekt wird mit 80 000 Euro von der Stadt und 20 000 von der AWO finanziert.

**Kontakt:** ☎ 0471/9 58 51 77

**Adresse:** Dr.-Lothar-Koring-Haus, Surfelfeldstraße 29

**Beratung:** Montag bis Freitag, 10 bis 14 Uhr, und nach Vereinbarung.

Liebe Leserinnen und Leser, mit diesen Elementen messen wir die Druckqualität, damit wir Ihnen täglich ein hochwertiges Produkt u liefern können.



## Neues Konzept für City-Port in Planung

BIS kündigt vorsorglich Mietverträge für Bootshalle – Keine Steganlage vor dem Historischen Museum



# 2016: „Sozialbetrug“ in Bremerhaven

- Zeitung: „Zwei Vereine haben viele (1000?) Menschen Scheinverträge als Hausmeister oder Reinigungskraft angeboten“. Jobcenter:
  1. Aufstockende Leistungen
  2. Wohnung
  3. Krankenversicherung (ALGII).

# Das Team

Wir helfen Ihnen gern weiter!



Selim

Patrick

Dennis

Björn

Katharina

Steven

Aysel

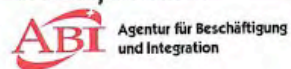
Hinrich

Ayşen

Wir sind Mitglied im Paritätischen!



Ein Projekt der...



Unterstützt von...



# Kontakt

Das denkwerk Bremerhaven befindet sich in der Hafensstraße 193 in Bremerhaven-Lehe, in der Nähe der Kreuzung Lange Straße. Links neben dem denkwerk befindet sich Kabel Deutschland, rechts daneben die Deutsche Post. Die Bushaltestelle Rickmersstraße liegt direkt gegenüber und ist mit den Linien 508 und 502 erreichbar.



denkwerk Bremerhaven

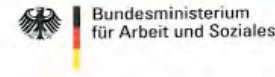
Hafensstraße 193, 27568 Bremerhaven

Tel: 0471-5044277

Mail: [info@denkwerk-bremerhaven.de](mailto:info@denkwerk-bremerhaven.de)

Web: [www.denkwerk-bremerhaven.de](http://www.denkwerk-bremerhaven.de)

Unterstützt von...



# denkwerk Bremerhaven

Jetzt testen:  
2 Probestunden

Alle Fächer, Klassen & Schulformen

Profi-Nachhilfe von echten studierten & qualifizierten Lehrern

Lernbegleitung durch Lehrmittel & moderne Medien online

Günstige Preise mit flexiblem Tarifsystem



Hafensstraße 193  
27568 Bremerhaven  
Tel: 0471-5044277



# Nachhilfe

- ✔ Wir bieten Nachhilfe in ALLEN FÄCHERN, für ALLE KLASSENSTUFEN und SCHULFORMEN.
- ✔ Unser Nachhilfeangebot wird nur von studierten Lehrern durchgeführt, oder von Lehrern, die eine andere pädagogische Qualifizierung erhalten haben.
- ✔ Wir bieten ein FLEXIBLES PREISSYSTEM, um unser Angebot möglichst PREISWERT UND ANGEPASST AN DIE BEDÜRFNISSE UNSERER SCHÜLER zu gestalten (berits ab 8,70€/Std.).
- ✔ Unsere ONLINE-LERN-PLATTFORM stellt Lernvideos, Tests und Materialien bereit, die unseren Schülern günstig zugänglich sind und jederzeit von zuhause aus abrufbar.



# Kostenloses

Das Bildungs- und Teilhabepaket

- ✔ Seit Mitte 2011 können Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, eines Kinderzuschlags, einer Erwerbsminderungsrente oder einer Grundsicherung im Alter NACHHILFE VOM AMT BEZAHLT BEKOMMEN.
- ✔ WIR ÜBERNEHMEN FÜR SIE DIE ANTRAGSTELLUNG, begleiten Sie bei Behördengängen, bei den Gesprächen mit dem Klassenlehrer oder der Schulleitung, damit Sie sich um nichts sorgen müssen.
- ✔ Je nach Förderbedarf, bieten wir Nachhilfe in Form von EINZELUNTERRICHT oder UNTERRICHT IN KLEINGRUPPEN an.

<input checked="" type="checkbox"/> Frau	Herr	Geburtsdatum:	12.03.1999
Name: Mustamin		Geburtsort:	München
Vorname(n): Enja		Staatsangehörigkeit:	DEU
Angaben zum/r Antragsteller/in			
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort):		Geschlecht:	männlich
Herdeshaße 11, München		Staatsangehörigkeit:	DEU
Rentenversicherungsnummer:		Lebenspartnerschaft:	Aussetzung:

# Sprachkurse & Weiterbildung

- ✔ Wir bieten SPRACHKURSE in folgenden Sprachen: ENGLISCH, DEUTSCH, TÜRKISCH, SPANISCH UND CHINESISCH. Die Sprachkurse setzen sich aus Teilnehmern verschiedener Sprachniveaus zusammen: Anfänger (A1-A2), Fortgeschrittene (B1-B2) und Professionelle (C1-C2). Am Ende steht eine Abschlussprüfung und ein Zertifikat. Auf Anfrage bieten wir zudem Kurse in Business-English oder Technical-English.
- ✔ Wir bieten WEITERBILDUNGSANGEBOTE FÜR PRIVATPERSONEN UND UNTERNEHMEN: Bewerbungs-, Lebenslauf- und Vorstellungsgesprächtrainings, Social Media Marketing, Arbeits- und Organisationspsychologie, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Human Resources Management.





# Juni 2016:

## › Opposition fordert Untersuchungsausschuss

BREMERHAVEN. Im großflächigen Sozialbetrugsfall fordern die Oppositionsparteien jetzt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das teilt ein Bündnis aus Grünen, BIW, Linken, FDP, die Partei und Piraten im Nachgang der Sondersitzung des Sozialausschusses mit.

Das Parteienbündnis, das gemeinsam einen umfangreichen Fragenkatalog für die Sondersitzung vorbereitet hatte, ist sich darüber einig, dass es keine nur annähernd hinreichende Antwort auf die entscheidende Frage gegeben habe: „Wie kann es sein, dass ein Sozialleistungsbetrug solchen Ausmaßes, der offenbar zen-

tral gesteuert war, so lange von Sozialamt und Jobcenter nicht entdeckt beziehungsweise unterbunden wurde?“

### Kritik an Bericht des Sozialdezernenten Rosche

„Da die Sondersitzung des Ausschusses unsere Befürchtungen bestätigt hat, dass mit Sondersitzungen oder Anfragen in Bremerhaven eine lückenlose Aufklärung nicht zu erreichen ist, bitten wir die Abgeordneten der Brämschen Bürgerschaft, zur Aufklärung dieses Sozialleistungsbetrugs einen Untersuchungsausschuss einzurichten“, lautet die Plan der genannten Oppositionsparteien. „Der Zwischenbericht, den uns Sozialdezernent Rosche vorgelegt hat, umfasst gerade einmal den Zeitraum

### »Mit Sondersitzungen oder Anfragen in Bremerhaven ist eine lückenlose Aufklärung nicht zu erreichen.«

*Einschätzung des Bündnisses aus Oppositionsparteien*

von Mitte Mai 2015 bis Ende August 2015. Das Jobcenter dagegen hat schon 2013 Auffälligkeiten festgestellt“, heißt es in einer Mitteilung. „Hat hier die Kommunikation zwischen dem Jobcenter, Sozialamt und dem Dezernenten versagt oder wird die Strategie verfolgt, wichtige Informationen einfach wegzulassen?“

Sehr erstaunt habe die

Opposition zudem das fehlende Aufklärungsinteresse der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU zur Kenntnis genommen.

Die SPD-Fraktion bekräftigt unterdessen ihre Unterstützung für Stadtrat Klaus Rosche (SPD). Dieser habe sich in der Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Migranten kritischen Fragen zur Entstehung und Aufarbeitung des mutmaßlichen massenhaften Sozialbetrugs gestellt. „Wir stellen dazu fest: In der Gesamtschau hat Stadtrat Klaus Rosche umsichtig und besonnen agiert und auf Basis der ihm zur Verfügung stehenden Erkenntnisse und Fakten richtig gehandelt“, so Fraktionsvorsitzender Sönke Allers. (5)

halt  
spie  
Fäll  
Zwe  
jema  
beitr  
CDU  
Nac  
auch  
bow  
man  
pass.  
hier  
etwa  
werd  
dies  
erst  
se  
kont  
zend  
Hoch  
che,  
en v  
log  
nicht  
tet v  
Petra  
zweit  
die S



# Einladung

LANDTAG DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Untersuchungsausschuss Sozialbetrugsverdacht  
-Ausschussdienst-



Haus der Bürgerschaft | Am Markt 20 | 28195 Bremen

**Mit Postzustellungsurkunde**  
Persönlich

Frau  
Dr. Margaret Brugman  
c/o AWO Bremerhaven  
Bütteler Straße 1  
27568 Bremerhaven

Haus der Bürgerschaft  
Postfach 10 69 09  
28069 Bremen  
Tel. (0421) 361-4555  
Fax. (0421) 361-12492  
[www.bremische-buergerschaft.de](http://www.bremische-buergerschaft.de)

Auskunft erteilt: Frau Habeck

Tel. (0421) 361-99527  
Fax (0421) 496-99527  
E-Mail: [heike.habeck@buergerschaft.bremen.de](mailto:heike.habeck@buergerschaft.bremen.de)

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
PUA SBV/Ha

Bremen, 6. Februar 2017

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS „SOZIALBETRUGSVERDACHT“  
UMLADUNG

Sehr geehrte Frau Dr. Brugman,

Ihrem Wunsch entsprechend erfolgt eine Verlegung Ihrer Vernehmung als Zeugin. Im Auftrag des Ausschusses bitte ich Sie, sich

**am Mittwoch, dem 01. März 2017, um 9:15 Uhr**  
**im Raum 416, Börsenhof A,**  
**Eingang Marktstraße, 28195 Bremen,**

Dr. Margaret Brugman



Bremerhaven

# Reaktion AWO Bremerhaven am 1. März 2017:

lung im letzten Jahr zurück: Während der Tourismus steigt, schwächeln die Geschäftsreisen“, erklärt Tourismuschef Raymond Kiesbye.

und ein Blick über die Stadt von der Aussichtsplattform Sail City gefallen. Auch das Deutsche Auswandererhaus, das Klimahaus, oder ein Bummel am Deich steht



Oberbürgermeister Melf Grantz

Seestadt gut aufgesteigt. Die Touristiker wollen gleichwohl alles tun, um die Urlauber auch direkt vor Ort, für einen Bremerhaven-Besuch zu gewinnen.

scheine in größere Scheine zu tauschen. Später stellte die Angestellte fest, dass der gut gekleidete Kunde sie um mehr als 100 Euro betrogen hatte. Der als älterer Herr, von vermutlich südländischer Abstammung, beschriebene Tatverdächtige hatte ein freundliches Gespräch geführt und anschließend die Tankstelle mit seiner Beute unbehelligt verlassen.

Die Polizei rät, sich während des Wechselvorganges nicht ablenken zu lassen. Bei außergewöhnlichen Kassengeschäften oder Stresssituationen kann es hilfreich sein, einen Kollegen um Unterstützung zu bitten. Gewechselt Geld sollte sofort und selbst nachgezählt werden. (n2)

## „Das Sozialamt hat nie reagiert“

### Sozialbetrug: Arbeiterwohlfahrt schickte früh Berichte mit Hinweisen auf Auffälligkeiten

Von Denise von der Ahé

**BREMERHAVEN/BREMEN.** Neun Berichte hat die Beratungsstelle für EU-Zuwanderer der Arbeiterwohlfahrt (AWO) seit 2013 an Sozialdezernent Klaus Rosche (SPD) und Sozialamtsleiterin Astrid Henriksen geschickt. Darin finden sich schon frühzeitig Hinweise auf Scheinselbstständigkeit, unzulässige und strafrechtlich relevante Arbeitsverhältnisse und moderne Sklaverei. Das Sozialamt habe jedoch nie reagiert, sagt die für Migration zuständige AWO-Fachbereichsleiterin, Margaret Brugman, am Mittwoch im Untersuchungsausschuss zum massenhaften Sozialbetrug. Erst im Juli 2015 – nachdem Rosche bereits Strafanzeige gestellt hatte – habe Henriksen um weitere Angaben gebeten.

„Da ist nie eine Reaktion zurückgekommen, was mich die ersten zwei Jahre zumindest sehr gewundert hat“, sagt Brugman. „Wir sind auf taube Ohren gestoßen.“ Mitte 2014 habe sie einen Bericht auch im Netzwerk für Zuwanderer verteilt, dem 35 Organisationen angehören. Daraufhin habe die dritte Ausschreibung zur Fortführung der Beratungsstelle im Februar 2015 dann den Hinweis enthalten, dass die Berichte nicht veröffentlicht werden dürfen. Der Ausschussvorsitzen-

de Nelson Janßen (Linke) kritisiert: „Dass die einzige Reaktion war, den Ausschreibungstext so zu verändern, dass die Berichte nicht in die Öffentlichkeit gelangen dürfen, finde ich unverantwortlich.“

Bereits im Juni und September 2013 belegen Protokolle der Arbeitsgruppe „Neue EU-Bürger“, dass die AWO von unseriösen Beratungs- und Unterstützungsleistungen berichtet hat. Schon damals sei über Probleme berichtet worden, die die seit April 2013 bestehende AWO-Beratungsstelle mit dem Hauptbeschuldigten Selim Öztürk gehabt habe. „Wir ha-

ben das mitgeteilt, aber das war es“, sagt Brugman. Dabei seien in diesem Arbeitskreis Vertreter von Sozialamt, Polizei und Agentur für Arbeit anwesend gewesen. Öztürk habe mit seinem Verein Beratungsleistungen gegen Geldbeträge angeboten und dabei behauptet, er würde für die AWO arbeiten. Im Juli 2013 habe die AWO Öztürk zum Gespräch eingeladen und ihn gebeten, diese Falschangaben zu unterlassen. Öztürk habe bestätigt, Beratungen zu machen, aber angeben, den Umfang runterzufahren und nur noch Nachhilfe anzubieten. Öztürk sei als „Bad guy“ bekannt

gewesen, also als jemand, der krumme Geschäfte mache, so Brugman weiter.

Für den FDP-Abgeordneten Hauke Hilz ist klar geworden, dass auch das Jobcenter mehr Informationen gehabt haben müsse als dessen Geschäftsführer Friedrich-Wilhelm Gruhl und Teamleiterin Pia Abendroth im Ausschuss kundgetan hätten. „Im Jobcenter sind Informationen der AWO-Beratungsstelle jedenfalls nicht da angekommen, wo sie ankommen mussten“, sagt Hilz.

Brugman hatte zuvor berichtet, dass die Quartalsberichte der AWO-Beratungsstelle auch Thema bei Treffen des Netzwerks waren, an denen auch das Jobcenter teilgenommen habe. Sie könne nicht verstehen, dass die fingierten Arbeitsverträge im Jobcenter nicht früher aufgefallen seien, sagt Brugman. Die Zusammenarbeit zwischen AWO und Jobcenter sei nicht gut gewesen. „Wir haben uns gewundert, dass Herr Öztürk und seine Mitarbeiter das da schneller und einfacher hingekriegt haben.“ Die Berater der AWO hätten ihr hingegen berichtet, dass sie stundenlang im Jobcenter sitzen und keine Telefonliste mit Behördenmitarbeitern bekommen. Trotz Hinweisen durch die AWO sei es zu keinen Verbesserungen gekommen.



Margaret Brugman von der Arbeiterwohlfahrt sagte am Mittwoch als Zeugin im Untersuchungsausschuss in Bremen aus. Foto von der Ahé

Dampfer „Welle“

## Erinnerungstafel wird angebracht

**FISCHEREIHAFEN.** Auf dem denkmalgeschützten ehemaligen Bremer Bereisungsdampfers „Welle“ wird am heutigen Donnerstag um 11 Uhr eine Erinnerungstafel angebracht. Die Aktion findet am Liegeplatz der „Welle“ in der Herwigstraße 49 statt. In Anwesenheit des Bremer Landeskonservators Georg Skalecki wird am Kesselhaus eine vom Landesamt für Denkmalpflege Bremen übergebene Tafel angebaut. Die Tafel wird sichtbares Zeugnis dafür sein, dass der Verein Dampfer Welle für die Verdienste um den Erhalt und die Restaurierung des historischen Dampfers den Sonderpreis des Bremer Denkmalpflegepreises erhalten hat. (n2)



# „Kein Gesamtkomplex zu erkennen“

## Trotz früher Hinweise nicht gehandelt

Sozialamtsleiterin Astrid Henriksen vor Untersuchungsausschuss: „Kein Gesamtkomplex erkennbar“

Von Denise von der Ahé

**BREMERHAVEN.** Deutliche Hinweise auf den massenhaften Sozialbetrug mit osteuropäischen Zuwanderern gab es bereits seit 2013. Aber sie haben damals im Sozialamt zu keinen Konsequenzen geführt. „Es waren immer viele kleine Sachen, die mal herangetragen worden sind, aber nie etwas, aus dem man so richtig einen Gesamtkomplex erkennen konnte“, sagte Sozialamtsleiterin Astrid Henriksen vor dem Untersuchungsausschuss. Außerdem wies sie die Verantwortung von sich: „Die Missbrauchsfälle sind im Jobcenter passiert.“

Die Abgeordneten konnten das am Freitag nicht nachvollziehen, weil Henriksen die strategische Verantwortung für die Integration der Zuwanderer habe. Bereits Mitte 2013 habe es in einem Arbeitspapier der von der Stadt verantworteten Beratungsstelle für EU-Zuwanderer Hinweise darauf gegeben, dass der im Strafverfahren Hauptbeschuldigte Selim Öztürk osteuropäische Zuwanderer im Trockenbau habe arbeiten lassen und dies mit Mieten verrechnet habe, sagte die Bürgerschafts-abgeordnete Sülmez Dogan (Grüne). Außerdem habe die Beratungsstelle seit 2014 in Quartalsberichten über Scheinselbstständigkeit, moderne Sklaverei, Prostitution und gefälschte Arbeitsverträge informiert. Diese Unter-

lagen seien auch Henriksen zugegangen. Doch erst im Juli 2015 habe die Sozialamtsleiterin in einer Mail beim Beratungsbüro kritische Nachfragen gestellt. „Hätten Sie diese Fragen nicht schon viel früher stellen müssen, um Konsequenzen daraus zu ziehen?“, wollte Dogan von Henriksen wissen. Die verwies jedoch darauf, dass sie davon ausgegangen sei, dass die von ihr verantwortete Beratungsstelle und das Jobcenter im Austausch standen.

Jobcenter-Teamleiterin Pia Abendroth hatte jedoch vor dem Ausschuss verneint, die Informationen über diese frühen Auffäl-

igkeiten bekommen zu haben.

Strafanzeige habe Sozialstadtrat Klaus Rosche (SPD) erst im Juni 2015 gestellt, weil zu diesem Zeitpunkt Unterlagen über fingierte Arbeitsverträge der Bulgaren aus dem Jobcenter vorlagen, sagte Henriksen. Die Tätigkeitsberichte der Beratungsstelle und weitere Vermerke oder E-Mails hätten aus ihrer Sicht nicht dafür ausgereicht. „Der gesamte Sozialbereich macht einen überforderten Eindruck“, sagte der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Thomas vom Bruch (CDU). Rosche habe die Verantwortung auf Jobcenter-Geschäftsführer Fried-

rich-Wilhelm Gruhl geschoben, Gruhl wiederum auf den Zoll. Seiner Ansicht nach hätten nicht nur die Strukturen in Bremerhaven, sondern auch „die Mentalität

» Es waren immer viele kleine Sachen, die mal herangetragen worden sind, aber nie etwas, aus dem man so richtig einen Gesamtkomplex erkennen konnte.«

Astrid Henriksen, Sozialamt

unkritischen Herangehens“ den Sozialmissbrauch begünstigt. Auch Hauke Hilz (FDP) sieht die Probleme im Sozialamt verortet.

Oft musste Henriksen darauf verweisen, Fragen nicht mehr oder nicht im Detail beantworten zu können. Sie betonte jedoch, Schritte für Veränderungen eingeleitet zu haben. Sie wolle das Controlling neu aufstellen, um zu verhindern, dass Geld in falsche Kanäle fließe. Dogan verwies darauf, dass sich vor wenigen Tagen in Bremerhaven ein neuer Verein zur Lernförderung gegründet habe. Zwei Mitglieder seien auch in der „Agentur für Beschäftigung und Integration“ (ABI) aktiv gewesen. Der Verein soll den Sozialbetrug organisiert haben. Henriksen sagte, dass sie nichts von der Gründung wisse.



Die Leiterin des Sozialamtes, Astrid Henriksen, ist am Freitag von den Abgeordneten der Bürgerschaft befragt worden. Sie sagte als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss zum Sozialbetrug aus. Foto von der Ahé



# Es wird eng für Klaus Rosche

**BREMERHAVEN** Vor dem Untersuchungsausschuss zum mutmaßlichen Sozialbetrug hat eine AWO-Mitarbeiterin den Sozialdezernenten Klaus Rosche (SPD) schwer belastet

VON GARETH JOSWIG

Bremerhavens Sozialdezernent Klaus Rosche (SPD) hat offenbar aktiv die Aufklärung des organisierten Sozialbetrugsverdacht behindert. Das geht aus einer Zeugenbefragung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum mutmaßlichen massenhaften Sozialbetrug in Bremerhaven hervor, der am Mittwoch Margaret Brugmann, Fachbereichsleiterin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) für Migration, befragte. Sie leitet in Bremerhaven im Auftrag der Sozialbehörde eine Beratungsstelle für BulgariInnen und RumäniInnen und habe, sagte sie aus, dem Sozialdezernenten zwischen April 2013 und April 2016 neunmal konkret über die Vorgänge berichtet. Unternehmen habe die Sozialbehörde lange nichts.

Als sie 2014 aus Enttäuschung darüber schließlich öffentlich in einem Netzwerk von verschiedenen Trägern von dem Problem berichtet habe, habe ihr Sozialdezernent Rosche einen Maulkorb verpasst: In der nächsten einjährigen Ausschreibung für die Beratungstätigkeit sei explizit vorgeschrieben worden, dass nur noch direkt an die Sozialbehörde berichtet werden dürfe.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Nelson Janßen (Die Linke), sagte: „Wenn sich die Aussage bewahrheitet, grenzt das an aktive Behinderung. Nach zwei Jahren konkreter Hinweise einen Maulkorb zu verteilen, ist mehr als nur Versagen.“ Das sei die Verhinderung einer öffentlichen Diskussion des Problems.

In einer vergangene Befragung hatte der PUA bereits eine Amtsärztin befragt, die EU-BürgerInnen ohne Krankenversicherung behandelte. Sie hatte ebenfalls ausgesagt, dass Rosche sie in einem Gespräch 2015 zu Stillschweigen ermahnt habe. Zuvor habe sie konkret auf fingierte Arbeitsverträge hingewiesen, ausgestellt durch die einschlägig bekannten Bremerhavener Vereine. Mittlerweile ermittelt zu den Vorgängen die Bremer Staatsanwaltschaft. Es



Der PUA-Vorsitzende Nelson Janßen (Die Linke, l.) und Thomas von Bruch (CDU, r.) Foto: Carmen Jasperse/dpa

geht um organisierten Sozialbetrug mit einer Schadenssumme in Höhe von sechs Millionen Euro. Unter den beschuldigten Vereinsmitgliedern und Vorsitzenden ist der Bürgerschafts-abgeordnete und Ex-SPDler Patrick Öztürk sowie dessen Vater und Bruder. Sie haben mutmaßlich durch Ausbeutung von nach Bremerhaven gelotsten EU-EinwanderInnen Sozialleistungen kassiert.

Die Berichte der AWO-Beratungsstelle seien laut Brugmann an Rosche und Sozialamtsleiterin Astrid Henriksen gegangen. Darin habe als Verdacht vieles gestanden, was später bekannt werden sollte: Scheinarbeitsverträge und unseriöse Beratung für Geld durch Selim Öztürks Verein „Agentur für Beschäftigung und Integration“, elende Verhältnisse der Betroffenen. Die Reaktion der Sozialbehörde sei laut Brugmann eher unsozial gewesen: „Taubes Ohren.“

„Ich war und bin sehr enttäuscht. Ich habe mich gewundert, dass nie eine Reaktion kam“, sagte sie vorm Untersuchungsausschuss. Sehr früh habe man konstruktive Ansätze zum Handeln aufgezeigt. Auch der Name Öztürk sei in kleinen Sitzungen mit der Sozialbehörde gefallen. Man habe das einfach ignoriert.

„Jobcenter und Magistrat waren immer abwesend. Wir sind auf taube Ohren gestoßen.“

Ihre Enttäuschung, so Brugmann, habe sie dazu veranlasst, die Probleme in einem größeren Kreis zu thematisieren: bei einem Treffen des „Netzwerks für Bremerhaven“, bestehend aus Wohlfahrtsverbänden und Vereinen. Auch ein Vertreter des Magistrats sei zugegen gewesen, als sie 2014 auf die problematische Situation aufmerk-

**„Nach zwei Jahren konkreter Hinweise einen Maulkorb zu verteilen, ist mehr als nur Versagen“**

NELSON JANßEN (DIE LINKE)

sam gemacht habe. Danach sei ihr dann offiziell verboten worden, öffentlich zu berichten.

Die AWO habe 2013 auch mit dem Hauptbeschuldigten Selim Öztürk gesprochen, weil der sich während seiner Vereinstätigkeit fälschlicherweise als AWO-Mitarbeiter ausgeben habe. Danach sei er dann offiziell verboten worden, öffentlich zu berichten. Die AWO habe 2013 auch mit dem Hauptbeschuldigten Selim Öztürk gesprochen, weil der sich während seiner Vereinstätigkeit fälschlicherweise als AWO-Mitarbeiter ausgeben habe. Danach sei er dann offiziell verboten worden, öffentlich zu berichten.

Schwitzen dürfte nun der Sozialdezernent Klaus Rosche, dessen Nichthandeln immer eigenartiger erscheint. Er gab sich während seiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss unwissend und zugeknöpft und beantwortete Fragen teils widersprüchlich – und sogar mutmaßlich falsch. Wie der Untersuchungsausschuss damit umgeht, ist noch unklar. Fest steht vorerst nur, dass Rosche dort noch einmal aussagen muss.

In der taz  
2. März 2017

Dr. Margarete



Bremerhaven

Sozialbetrug in Bremerhaven

## Ausbeutung von oben gedeckt

Ex-Sozialdezernent Klaus Rosche (SPD) verhinderte die Aufklärung von Ausbeutung Osteuropäischer Einwanderer. Informationen hielt er unter dem Deckel.



Schrottimmobilien wurden an Osteuropäer vermietet – offenbar mit Wissen des Sozialdezernenten  
Foto: dpa

**In der taz  
4. Juni 2017 (1)**

BREMEN taz | Der mutmaßliche Bremerhavener Sozialbetrug hätte schon deutlich früher auffliegen können. Einen großen Anteil daran, dass der mutmaßlich organisierte Betrug mit sklavenähnlichen Ausbeutungsverhältnissen erst nach einem Schaden von über sechs Millionen Euro aufgedeckt wurde, hatte Exsozialdezernent Klaus Rosche von der SPD: Das förderte am Donnerstag der parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Tage.

Anzeige

Rosche lagen frühzeitig etliche Hinweise auf organisierten Betrug vor. Unternommen hat er lange nichts, wie die Abgeordneten ihm vorhielten. Rosche musste zum zweiten Mal aussagen und blieb erneut plausible Erklärungen für seine phlegmatische Amtsausübung schuldig.

Dr. Margaret Brugman

**VO** | Bremerhaven

## Hinweise auf Betrug seit Anfang 2013

Nach Erkenntnissen der Abgeordneten hatte Rosche bereits Anfang 2013 unter anderem durch eine Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ausführliche Informationen vorliegen. Das Sozialressort hatte die Beratung eingerichtet und finanziert – angesichts einer Vielzahl eingewanderter Menschen aus Bulgarien und Rumänien, die in Bremerhaven in ärmlichen Verhältnissen lebten. Laut Rosche sollten über die Beratungsstelle neben einer sozialen und rechtlichen Beratung auch Informationen über die Lage der Betroffenen gewonnen werden.

Deswegen musste die Beratungsstelle dem Sozialdezernenten neunmal zwischen April 2013 und 2016 Bericht erstatten. Dabei war stets von fingierten Arbeitsverträgen und missbräuchlichen Beratungen die Rede [<http://www.taz.de/Sozialdezernent-wackelt/15385494/>] – durch die Vereine, die mittlerweile Gegenstand der staatsanwaltlichen Ermittlungen sind, Rosche blieb hingegen untätig.

In der taz  
4. Juni 2017 (2)

### Rosche verpasste der AWO einen Maulkorb

Mehr noch: Er ignorierte nicht nur die Berichte, er behinderte auch aktiv deren Veröffentlichung: Nachdem eine Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die es nicht hinnehmen wollte beim Sozialressort stets auf taube Ohren zu stoßen, die Trägerversammlung informiert hatte, verpasste Rosche einfach der AWO einen Maulkorb. Fortan durfte die Beratungsstelle die Berichte allein der Sozialbehörde vorlegen. Dazu Rosche am Donnerstag: „Da hätte sie ihre Berichte auch gleich der Presse geben können.“

---

KLAUS ROSCHE, SOZIALDEZERNENT

„Ich war nicht zuständig. Wir hatten keine Kenntnisse. Ich kann mich nicht erinnern“

Auch andere Zeugen hatten konkrete Hinweise auf den Betrug gegeben: Eine Schulleiterin wies auf falsch abgerechnete Bildungsleistungen hin, der Bildungsstaatsrat ebenfalls. Rosche äußerte sich dazu schmallippig. Mit verschränkten Armen erklärte er wahlweise: „Ich war nicht

zuständig“, „Wir hatten keine Kenntnisse“ oder „Ich kann mich nicht erinnern“.

Dr. Margaret Brugman



Bremerhaven



# Wirklicher Skandal

- **„EU-Bürger\*innen** wurden von den Verantwortlichen der Vereine, die sich öffentlich als Helfer darstellten, massiv betrogen und geschädigt. Sie müssen jetzt die Folgen tragen. Das ist der Skandal. Und niemand in den Verwaltungen des Magistrats hat etwas von der Praxis der Betrugsunternehmen gewusst oder wissen wollen?

# Wirklicher Skandal

- Das Ausländeramt erledigt seit Mai 2017 im Einzelfall die Abschiebung, nicht der Verantwortlichen, sondern von in Not lebenden Menschen aus Bulgarien.“



# Negative Entwicklungen

- Zwei Gruppen mit größten Problemen: **Alleinerziehende Frauen** und **Roma**
- Momentan: Schlechte Stimmung wegen „Sozialbetrug“, Anträge werden abgelehnt, Bürger- und Ordnungsamt prüft Freizügigkeit und bitten sie DE zu verlassen, da Nachweis 5 Jahre sozialversicherungspflichtige Arbeit fehlen
- Kinder ohne Versicherung: Jugendamt informiert. 2016: Warteliste. Verlorene Generation.

# Positive Entwicklungen

- Letzte fünf Jahre viele Ärzte, da in Bhv die Sprachkenntnis nicht vorausgesetzt war/ist
- Arbeitnehmer\*innen werden mutiger und gehen zum Arbeitsgericht
- Mehr perspektivisch gedacht
- Viele neue Konzepte, wie eine Quartiersmeisterei, ein Integrationskonzept, neue Integrationsbeauftragte
- Das EHAP-Projekt „dalbe“.

# Einwanderung hilft

- Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen um Wachstum und Wohlfahrt für künftige Generationen sichern zu können
- Die Zahl derjenigen, die als Fachkräfte einwandern, ist noch viel zu gering, sagt die Bundesregierung
- Die aktuelle Einwanderung kann nicht jede Fachkraft ersetzen, die Deutschland braucht.

# Gesellschaftliche Anforderungen

- Austausch: Exkursionen in ungewohnte Umgebung machen mit Reflexion
- Nicht mit geflüchteten Menschen vergleichen (Frauenhaus, Wohnung)
- Wohnraumversorgung durch sozialen Wohnungsbau
- Kostenlose Sprachkurse mit Kinderbetreuung
- Abendkurse für Arbeitnehmer\*innen
- Kostenlose Dolmetscher\*innen zu Beratungs- und Sozialleistungen im Rahmen der SGBII
- Krippe- und Kitaplätze
- Schulen ausstatten
- Arbeitsmarktintegration erleichtern.

# Gesellschaftliche Anforderungen

- Die kulturelle Vielfalt ist eine irreversible Realität, keine moralische oder politische Option
- Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen ist kein zu überwindendes Problem, sondern der Normalfall.



Bremerhaven



# Danke!

AWO Bremerhaven  
Bütteler Straße 1  
27568 Bremerhaven  
Fon: +49 (471) – 95 47-0  
Mail: [info@awo-bremerhaven.de](mailto:info@awo-bremerhaven.de)

[awo-bremerhaven.de](http://awo-bremerhaven.de)  
[facebook.com/awobhv](https://facebook.com/awobhv)